

Alle Blicke richten sich auf Griechenland, wir schauen stattdessen in den Spiegel:

## Blitzumfrage: Sind wir Deutsche noch zu RETTEN?

In wenigen Tagen vervierfachte(!) sich der vermutlich einzuplanende deutsche Anteil an der Griechenland-Hilfe auf ca. 25 Mrd. Euro, da der europäische Südstaat in Wirklichkeit 120 Mrd zur Begleichung kurz- und mittelfristiger Forderungen benötigt. Offen bleibt zudem, ob das überhaupt reicht! Gleichzeitig rücken Portugal und Spanien, sowie Irland und Italien immer näher an den Abgrund. Verständlich erscheint, daß Angela Merkel verhindern will, daß der erste Domino-Stein in dieser Euro-Reihe kippt. Ein Zusammenbruch der EU wäre dann nicht mehr fern, da weitere Hilfen wohl kaum finanzierbar sind. Gingen die Risiko-Staaten in die Insolvenz, müßten die – kürzlich erst durch den Steuerzahler geretteten – deutschen Banken Kredite an diese in Höhe von über 550 Mrd Euro abschreiben. Aber auch Deutschland ist keine Kuh, die man unbegrenzt melken kann, alleine 2010 hat die Bundesregierung eine Rekord-NEUverschuldung in Höhe von 80,2 Mrd Euro eingeplant, die Ausgaben für die Griechen noch nicht eingerechnet. "Wollen Sie den Euro?", das fragten wir Sie schon Anfang 1997, und über 85% erwarteten negative Auswirkungen auf die mittelständische Wirtschaft. Ganz offensichtlich waren die Sorgen wohlbegründet! Ihre aktuellen Antworten werden wir selbstverständlich an die dies entscheidenden Politiker umgehend weiterleiten.

**13 Jahre nach unserer letzten EURO-Umfrage möchten wir von Ihnen nun folgendes in Erfahrung bringen:**

- ja  nein  Soll Griechenland Hilfe gewährt werden, auch wenn sich ein Großteil der beschlossenen Sparmaßnahmen wegen der Streiks nicht durchsetzen läßt?
- ja  nein  Glauben Sie, daß die Hilfe verhindert, daß weiteren hochverschuldeten Ländern durch Deutschland geholfen werden muß?
- ja  nein  Sollte sich die Europäische Union nicht stattdessen auf eine 'Kern'-Union zurückziehen, um zu retten, was zu retten ist?
- ja  nein  Empfehlen Sie eine Rückkehr zur DM bzw. den Austritt aus der Union, wenngleich damit große Risiken für die Exportwirtschaft drohen?

"Es wird deutlich, daß der Deutsche Michel nach dem Großteil der EU-Kosten auch noch am Bankrott der Mittelmeer-anrainer beteiligt werden soll." (Horst Dächert/Landau, 1997 in der 'markt intern'-Umfragedokumentation "Wollen Sie den Euro?")

Mein persönlicher Kommentar:

---

---

---

---

Mit der namentlichen Veröffentlichung meines Kommentars bin ich nicht einverstanden:

**EILFAX: 0211 / 6698-333**

## Stirbt die private Krankenversicherung?

"Die Leistungen steigen in der privaten Krankenversicherung seit einigen Jahren insgesamt deutlich stärker als in der gesetzlichen Krankenversicherung. Dies gilt insbesondere für den Bereich der ärztlichen Leistungen, dem größten Kostenknackpunkt. Wir fordern daher eine Erneuerung der ärztlichen Gebührenordnungen und drängen auf eine Regelung, die uns den Weg eröffnet, in Vertragsverhandlungen mit den Leistungserbringern eine angemessene Vergütung sicherzustellen. Generell wollen wir künftig stärker Einfluß auf Qualität, Mengen und Preise von Gesundheitsleistungen nehmen", teilt uns der Marktführer unter Deutschlands privaten Krankenversicherern (PKV), die Koblenzer

Ihr direkter Draht ... (Mo. - Do. 14 - 17 Uhr, Fr. 9 - 12 Uhr)



**02 11 / 66 98 - 111**

Fax: 02 11 / 66 98 - 179

e-mail: [geld-steuern@markt-intern.de](mailto:geld-steuern@markt-intern.de)

... für den vertraulichen Kontakt

**markt intern** Geld & Steuern. – Redaktion Verlagsgruppe: Herausgeber Dipl.-Ing. Günter Weber; Verlagsdirektoren Bwt.(VWA) André Bayer, Olaf Weber; Redaktionsdirektoren Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Heidi Scheuner; Abteilungsleiter Rechtsanwalt Georg Clemens, Dipl.-Kfm. Christoph Diel, Rechtsanwalt Lorenz Huck, Dipl.-Kfm. Karl-Heinz Klein, Dipl.-Vwt. Hans-Jürgen Lenz, Dipl.-Vwt. Stephan Schenk, Rechtsanwalt Gerrit Weber; Chef vom Dienst Bwt.(VWA) André Bayer.

**markt intern** Verlag GmbH, Grafenberger Allee 30, D-40237 Düsseldorf, Telefon 0211-6698-0, Telefax 0211-666583, [www.markt-intern.de](http://www.markt-intern.de). Geschäftsführer Hans Bayer, Dipl.-Ing. Günter Weber; Prokuristen Bwt.(VWA) André Bayer, Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber, Olaf Weber; Justitiar Rechtsanwalt Dr. Gregor Kuntze-Kaufhold. Gerichtsstand Düsseldorf. Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Druck: Theodor Gruda GmbH, Breite Straße 20, 40670 Meerbusch. Anzeigen, bezahlte Beilagen sowie Provisionen werden zur Wahrung der Unabhängigkeit nicht angenommen. ISSN 1431-309X

**Debeka**, auf unsere Frage mit, wie endlich bei den ständig explodierenden Gesundheitskosten und Beiträgen gegengesteuert werden kann.

Daß unser Gesundheitswesen einem lodernen Pulverfaß gleicht, in dessen Inneren sich Tag für Tag mehr Sprengstoff ansammelt, ist längst ein offenes Geheimnis. Lange Zeit glaubte sich hier jedoch die PKV mit ihren rd. 8,7 Mio. Privatpatienten noch glücklich schätzen zu können, während die gesetzlichen Krankenkassen schon längst das Elend mit ständig leeren Kassen verwalten. Doch durch hochgeschraubte gesetzliche Eintrittshürden in die PKV (3-Jahresfrist mit dauerhaft mehr als rd. 50.000 € Jahresverdienst für Angestellte) ist der Zustrom an jungen PKV-Kunden dramatisch eingebrochen, womit eine Vergreisung droht! Und der nächste Schlag für die PKV ist die politisch im Raume stehende Kopfpauschale bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Denn dies hieße, dort gäbe es künftig attraktive, weil niedrige Pflichtbeiträge, die über die Steuer – also insbesondere durch die gutverdienenden PKV-Versicherten – subventioniert würden. Doch was unternehmen die PKV-Versicherer, um ihre Kunden endlich vor weiteren dramatischen Beitrags-erhöhungen zu schützen, also um letztlich das grundsätzlich sinnvolle PKV-System im Ganzen überhaupt zu retten? Schließlich gilt es Lösungen zu finden, damit die Tarife im Alter für die Versicherten nicht zu einem unkalkulierbaren Kostenblock ausufern, der die individuell angesparten privaten Altersrückstellungen im Alleingang auffrißt. Denn:

++ Zwischen 1997 bis 2008 sind die Leistungsausgaben je PKV-Versicherten um 49 % angestiegen, während es bei den Gesetzlichen nur 31 % waren ++ Die Befürchtungen, daß die Altersrückstellungen der PKV-Versicherer keinen besseren Schutz gegen Beitragssteigerungen im Alter bieten, nährt ein noch unter Verschluss gehaltener Schlußbericht zu einer vom Berliner Forschungsinstitut IGS und dem früheren Wirtschaftsweisen **Bert Rürup** durchgeführten Prüfung.

**'G&S'-Fazit:** Wir haben die zehn wichtigsten Krankenversicherer, die auf rd. 70 % Marktanteil kommen, um Stellungnahmen zu dieser brisanten Lage der PKV gebeten. Bislang liegen uns Antworten seitens Debeka und **Continentale** vor, um Fristverlängerungen baten **Bayerische Beamten-Krankenkasse** und **Barmenia**. Abgetaucht vor den heiklen Fragen sind bislang **DKV, Allianz, AXA/DBV Winterthur, Signal** und **CENTRAL**. 'G&S' wird diese noch einmal an unsere Umfrage erinnern, denn auch deren Kunden möchten sicherlich über die jeweilige Faktenlage ihrer Versicherung informiert werden. Schließlich warten Millionen PKV-Versicherte endlich auf konkrete Antworten, um abzuschätzen, woran sie bei der PKV sind und was ihnen an Kosten noch drohen kann. 'G&S' wird für Transparenz sorgen, welcher Versicherer sich um die berechtigten Anliegen seiner Kunden überhaupt kümmert und wer als verlässlicher Partner im Zweifel Seite an Seite mit seinen Kunden für den Fortbestand einer PKV mit Zukunftsperspektive kämpft! In Kürze mehr zu diesem Thema.

## € Geld und Steuern auf den Punkt gebracht €

●● **"Ist die Befreiung für Kleinstbetriebe von der Offenlegungspflicht bereits in Kraft?"**, war eine häufig gestellte Frage nach unserer Berichterstattung in der April-Ausgabe von 'G&S' (02/10). Doch noch ist alles beim alten, da die europäischen Vorgaben erst von der EU in eine abschließende Verordnung (Richtlinie) gegossen und dann vom deutschen Gesetzgeber in Bundesrecht umgesetzt werden müssen. Letzteres soll laut Angaben des **Bundesjustizministeriums** "sehr schnell und ohne Verzögerung" erfolgen. Allerdings stoßen wir mit unseren Forderungen zum sofortigen Stop der laufenden Verfahren und der umgehenden Aussetzung der Vollstreckung bereits verhängter Ordnungsgelder derzeit noch auf absolut taube Ohren in Berlin. Wenn es nicht gerade darum geht, den Unternehmern mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, scheint den Politikern zur Zeit jedes Mittel recht zu sein.

●● **DBA Deutschland:** Ende März wurde in Berlin das Änderungsprotokoll zum bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland, welches die Ausweitung der Amtshilfe in Steuerfragen nach dem OECD-Standard bringen wird, unterschrieben. Der gemeinsame Entwurfstext soll hinsichtlich der neuen Amtshilfeklausel keine bösen Überraschungen in sich bergen: Informationen zu Steuerhinterziehungen sollen nur auf Anfrage, im Einzelfall und bei substantiiertem Verdacht fließen. Diese große Auskunftsklausel wird nur neue Fälle betreffen, für Altfälle bleibt die schweizerische Differenzierung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wirksam.

In Europas größtem Informationsdienstverlag...

steuertip finanztip  
kapital-markt intern  
markt intern Bank intern  
steuerberater intern  
Ihr Steuerberater  
EXCLUSIV (Schweiz)

Autos  
Auto  
Taufstelle  
Waren  
Schmuck  
Unterhaltungselektronik  
Appl. & Co.  
Installation  
Sport  
DOE  
Fachhandel  
Büro  
Fachhandel  
Sport  
Fachhandel  
Elektronik  
Fachhandel  
Möbel  
Fachhandel  
Parfümerie  
Kosmetik  
Spielwaren  
Modellbau  
Eastel  
Elektronik  
Installation  
Büro  
Fachhandel  
Wasser  
Spiele  
Handarbeiten  
Mittelstand

...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:

immobilien intern  
versicherungstip  
investment intern  
recht intern  
Anleihen  
inside track (USA)